

**Namensbeitrag für den „Nordkurier“ vom 25.06.2005 von Dr. Wolfgang Schäuble
„Konzentration auf das Wesentliche“**

In jeder Krise steckt auch eine Chance. Insofern bringen die in der Tat tiefen Verwerfungen, die nicht zuletzt die verhängnisvolle und unbalancierte Politik Schröders in Europa verursacht hat, eine demnächst unionsgeführte Bundesregierung in die Verantwortung, das europäische Einigungswerk wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Als erstes muss wieder das Vertrauen aufgebaut werden, das Rot-Grün seit 1999 bei unseren Partnern verspielt hat. Europa kann, nach Verfassungskrise und gescheitertem Gipfel, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern muss den im französischen und niederländischen Referendum geäußerten Protest und die viel weitergehende Skepsis ernst nehmen. Was Europa braucht, ist eine Konzentration auf das Wesentliche, um die Zustimmung der Menschen zur Bedeutung des Einigungsprozesses zurückzugewinnen. Die Bevölkerung ist nicht im Grundsatz gegen die europäische Einigung - in Deutschland gewiss nicht und in Frankreich und in anderen Ländern auch nicht. Aber die Erfahrung mit dem europäischen Alltag überzeugt die Menschen nicht. Nötig sind eine klare und verständliche Kompetenzordnung und die Konzentration auf die Gestaltung unserer Zukunft. Der Finanzstreit hat gezeigt, dass die Regierungen nicht bereit waren, den Status Quo an Regelwerk und Fördermitteln wenigstens teilweise in Frage zu stellen. Europa wird sich aber nicht modernisieren lassen, wenn wir nicht bereit sind, einmal eingeführte Dinge, wie die Agrarpolitik, die Regionalpolitik oder die nationalen Beitragsrabatte, immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. So lähmen wir uns derzeit selbst in einem Geflecht von Überregulierung. Europa darf aber für die Menschen nicht mit der Erfahrung verbunden bleiben, dass es Wachstum eher hemmt und damit Beschäftigung und soziale Sicherheit gefährdet.

Das Scheingefecht zwischen einem Europa als Freihandelszone oder politischer Union hilft da nicht weiter, zumal diese Richtungsfrage bereits vor Jahren zugunsten des Zieles einer politischen Union konsentiert wurde. Das hat auch Tony Blair in seiner Grundsatzrede vor dem Europäischen Parlament am Donnerstag nochmals klargestellt. Also ist es unklug, ja es wirkt seitens der Bundesregierung gerade zu hilflos, Gräben weiter aufzureißen und Positionen von vorgestern zu vertiefen. Dagegen wird eine unionsgeführte Bundesregierung bestrebt sein, die in Wirklichkeit gar nicht so weit auseinander liegenden Positionen von Frankreich und Großbritannien wieder zusammenzuführen. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, dass Deutschland und Frankreich ihre Zusammenarbeit in Substanz und

Ton wieder so anlegen, dass sie die Interessen unser anderen Partner einbinden. Dann lässt sich für die finanzielle Handlungsfähigkeit ab 2007 eine vertretbare und zukunftsweisende Lösung finden, die auch unserer Solidarität mit den neuen Mitgliedern Ausdruck gibt.

Wer jetzt für Konzentration und Kompetenzabgrenzung eintritt, der will nicht gleich Europa zur bloßen Freihandelszone zurückstufen. Wer aber nicht bereit ist, den Rechtsbestand der Union umfassend zu durchforsten, vertieft die Krise und versperrt Lösungswege. Wenn man in den wesentlichen Fragen in den nächsten 12 Monaten zu einem Konsens gelangt, hatte die Krise ihren Sinn. Oder, um es mit meinem schwäbischen Landsmann Hölderlin zu sagen: In der Gefahr wächst das Rettende auch.